

Aus der Vorstandssitzung

4. Oktober 2000

Die aktuellen gesundheitspolitischen Diskussionen haben in den Vorstandssitzungen den ersten Rang eingenommen und nehmen immer mehr Raum ein. Nach der Protokollbestätigung und der Beschlusskontrolle der letzten Sitzung im September widmete sich der Vorstand der Auswertung der Aktionswoche der ambulant tätigen Ärzte und Psychotherapeuten in der letzten Septemberwoche 2000. Es wurde politischer Druck erzeugt. Der Verlauf der Aktionswoche wurde positiv bewertet, insbesondere die Organisation der Notdienste. Die Beteiligung der Ärzte und Psychotherapeuten betrug etwa 90 %.

Das offizielle Ergebnis in der Bundespolitik bleibt allerdings enttäuschend. Die Situation in den neuen Bundesländern wird von der Bundespolitik nicht wahrgenommen. Die Politik macht es sich leicht und schiebt den finanziellen Mangel in der ambulanten Versorgung auf das Unvermögen der Kassenärztlichen Vereinigung und auf Verteilungskämpfe zwischen den Ärzten. Die Beweisumkehr liegt wieder einmal bei den Ärzten. Eine Nachbereitung der Aktionswoche durch die Berufsverbände wird im „Ärzteblatt Sachsen“ erscheinen.

Weitere Aktionen werden folgen müssen mit der Stoßrichtung, dass in das ambulante Gesundheitssystem Ost mehr Geld fließen muss. Der stationäre Bereich Ost bekommt im Vergleich zum System West 93 %, 75,6 % im ambulanten Bereich stellen eine Gefährdung in der Sicherstellung der ambulanten Versorgung dar.

Am 29. September 2000 erfolgte eine Information der Chefärzte über den Entwicklungsstand zum Thema Qualitätssicherung und DRG-System. Die Veranstaltung wurde vom Vorstand als gut gelungen gewürdigt.

Am 5./6. Oktober 2000 findet ein Treffen mit der Partnerärztekammer in Breslau statt zur Vorbereitung eines gemeinsamen Symposiums. An diesem Treffen nehmen der Präsident Prof. Dr. med. Schulze, der ärztliche Geschäftsführer Dr. med. Herzig und der Vorsitzende des Finanzausschusses und das Vorstandsmitglied Dr. med. Schmidt teil.

Der Entwurf des Positionspapiers „Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung im Bündnis Gesundheit 2000“ wurde von den Bündnispartnern bestätigt und wird so nun am 14. Oktober 2000 der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Der Vorstand reflektierte die 15. Tagung der Kreisärztekammervorsitzenden. Es entwickelte sich eine erfreuliche Diskussion zu den aktuellen berufspolitischen Problemen. Dabei spielt immer wieder die Weiterbildung zum Facharzt Allgemeinmedizin und die unbefriedigende Nachbesetzung der frei werdenden Praxen eine große Rolle.

Es wurde nochmals die Tagesordnung der 23. Kammerversammlung am 11. November 2000 beraten, die sich folgenden Themen widmet:

■ Aktuelle gesundheits- und berufspolitische Schwerpunkte und Probleme,

■ ethische Probleme der Budgetierung im Gesundheitswesen,

■ Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement, Qualitätssicherung im niedergelassenen Bereich – Übersicht zu ausgewählten Leistungsbereichen, Qualitätsmanagement im stationären Bereich,

Probleme, Schnittstellen, konkrete Beispiele der Einführung von Qualitätsmanagement-Systemen,

■ Satzung zur Änderung der Berufsordnung der Sächsischen Landesärztekammer,

■ Satzung zur Änderung der Satzung zur Erteilung des Fachkundenachweises Rettungsdienst,

■ Satzung zur Änderung der Satzung zur Erteilung des Fachkundenachweises Leitender Notarzt.

■ Finanzen – Haushaltsplan für das Jahr 2001, Satzung zur Änderung der Beitragsordnung der Sächsischen Landesärztekammer und Satzung zur Änderung der Gebührenordnung der Sächsischen Landesärztekammer

In der Folge wurden Beschlussvorlagen beraten und abgestimmt, so zum Beispiel die Internetdarstellung des „Ärzteblatt Sachsen“.

Eine ausgedehnte Diskussion erfolgte über die Fachkunde Rettungsdienst mit dem Ziel der Sicherung einer hohen Qualität und einer bundeseinheitlichen, aber auch in der Praxis umsetzbaren Lösung. Die abschließende Meinung konnte noch nicht gebildet werden.

Aus dem ärztlichen Geschäftsbereich wurde berichtet, dass der Refresherkurs für Leitende Notärzte bundesweit gut angenommen wird.

Es wird ein 2. Sächsisches Kolloquium zwischen Ärzten und Sozialrichtern stattfinden.

Die Sitzung fand ihren Abschluss mit dem Bericht aus dem kaufmännischen Geschäftsbereich. Die Haushaltinanspruchnahme per 30. August 2000 ist ausgeglichen.

Der Haushaltsplan 2001 wurde vom Vorstand in 3. Lesung bestätigt und liegt dann der 23. Kammerversammlung am 11. November 2000 zur Diskussion und Beschlussfassung vor.

Dr. med. Gisela Trübsbach
Vorstandsmitglied